

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

04 – 06/2009 / Nr. 25

## „Europa-Parlament“ dient der Irreführung



Liebe Leser!

Es muß klargestellt werden. Das „Europäische Parlament“ ist nicht die **demokratisch legitimierte** Vertretung der europäischen Bürger/-innen.

Damit ein Parlament (gesetzgebende Körperschaft eines Staates) diese Bezeichnung verdient, muß es demnach allein über die gesetzgebende Gewalt verfügen, tatsächlich und uneingeschränkt: Das EU-Parlament hat nur eine sehr eingeschränkte Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Gesetzgebung. Der eigentliche Gesetzgeber ist der Rat (umgangssprachlich: Ministerrat), wobei das alleinige Initiativrecht bei der EU-Kommission liegt. Das ist für die demokratischen Entwicklung ein Rückfall ins 19. Jahrhundert!

*„Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht. Und stimmen die Worte nicht, so kommen auch die Werke nicht zustande.“*

- Konfuzius -

Dazu kommen **begriffliche Täuschungsmanöver**. Damit die EU möglichst mit dem positiv klingenden Begriff Europa gleichgesetzt wird, gebrauchen EU-Profiteure häufig den irreführenden Namen „Europäisches Parlament“ oder „Europa-Wahlen“. Solche Bezeichnungen dienen der **Irreführung der Wähler/-innen!**

Damit stellt sich die emotionale Frage „Was ist dann sinnvoll, wählen oder nicht-wählen?“ Hier gibt es auch innerhalb der Initiative NFÖ zwei leidenschaftliche Argumentations-Richtungen: Der Kern der Kritik der einen Gruppe lautet: Ein Parlament, welches den Namen Parlament nur benützt um **eine demokratische Bürger-Mitsprache vorzutauschen** und die allgemeine Akzeptanz der EU zu erhöhen, soll nicht durch eine Wahlbeteiligung als ernstzunehmende Institution bestätigt werden. Hohe Wahlbeteiligungen würden von EU-phorischen Politikern und Medien als Zufriedenheit mit der EU ausgelegt. Das sind gute und nachvollziehbare Argumente gegen eine Wahlbeteiligung.

Die zweite Gruppe spricht sich für eine Wahlteilnahme aus, denn das Vorhandensein dieses sogenannten Parlaments ist vorerst eine Realität. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, Kandidaten zu wählen, die

wenigstens den Mut haben, Mißstände der Europäischen Unrechts-gemeinschaft aufzuzeigen und zu bekämpfen und für ein friedliches, direkt-demokratisches, ökosoziales Europa in der Form eines **Bundes souveräner Staaten** einzutreten,



EU- Parlament in Brüssel

sollten wir sie nützen. Das sind nicht weniger einleuchtende Argumente. Mit anderen Worten, jene zweite Gruppe befürwortet eine Stimmab-



### Inhalt:

- EU-Wahlen .....S. 1/2
- Direkte Demokratie .....S. 2
- Rechtsstaat Österreich?.....S. 3
- 100 Jahre Leopold Kohr .....S. 3
- Wirtschaftsliberalisierung .....S. 3/4
- Wußten Sie ?.....S. 4
- Lesermeinungen .....S. 5
- Positives, Erfreuliches .....S. 5/6
- Impressum.....S. 6

gabe für jenen Kandidaten (jene wahlwerbende Partei), von dem man annehmen kann, dass er oder sie die Interessen Österreichs **am glaubwürdigsten vertreten** wird.

Viele Leser werden es schon erfahren haben: Die **Verfassungsklage**, die wir im Oktober 2008, als Teil eines Personenkomitees eingereicht haben, wurde **vom Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen**. Seine Begründung auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Kläger (Bürger) sind nicht unmittelbar in ihren Rechten verletzt und wörtlich, „*dem Normadressaten kommt keine Anfechtungsbefugnis zu, denn es ist erforderlich, dass das Gesetz selbst tatsächlich in die Rechtssphäre des Antragsstellers unmittelbar eingreift*“.

Aus unserer Sicht ein politisch motiviertes Urteil, welches Zweifel am Rechtsstaat Österreich aufkommen lässt (s. auch auf Seite 2: „Ist Österreich noch ein Rechtsstaat?“). Professor Karl Schachtschneider meinte dazu in seiner 4-seitigen Stellungnahme: „**Die Aufgabe des Verfassungsgerichtshofes wäre es, die Bundesverfassung vor der Politik zu schützen, aber er schützt die Politik vor dem Recht ... Nachdem die europäische Integration die Demokratie beendet hat, beugt sich auch die Gerichtsbarkeit der Integrationsideologie.**“

Liebe Leser, auf Wunsch senden wir Ihnen diese feinsinnige Stellungnahme von Prof. Schachtschneider gerne zu. Wer einen Internetzugang hat, findet sie auch auf unseren Netzseiten [www.nfoe.at](http://www.nfoe.at).

Ein paar Bemerkungen noch zum Plattform-Projekt „**Volksbegehren für direkte Demokratie**“: Zwischenergebnisse und Informationen lesen Sie bitte auf Seite 2 nach, unter „Direkte Demokratie hat mit Eigenverantwortung zu tun“.

Zuletzt darf ich Sie herzlich bitten, dieses politisch so wichtige Volksbegehren nach Ihren Möglichkeiten bekannt zu machen und danke im Voraus sehr für jede Art Ihrer Unterstützung.

*Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli  
Bundesobmann*

*„Milch und Honig wurde uns vor dem EU-Beitritt versprochen, bekommen haben wir Massenarbeitslosigkeit und Armut.“*

**Kommentar auf der ORF-online-Seite (30.4.2009), nachdem durch die Schließung der Papierfabrik in Hallein der Verlust von 480 Arbeitsplätze zu beklagen war.**

## **Direkte Demokratie hat mit Eigenverantwortung zu tun – holen wir sie zurück !**

Nachdem wir uns bei den ersten Plattform-Gesprächen mehrheitlich darauf geeinigt haben, an Stelle der Bezeichnung „EU-Verträge – Volksbegehren“, den Namen „Gemeinsam für direkte Demokratie“ zu verwenden, ist unser **Volksbegehren für direkte Demokratie** (offizielle Kurzbezeichnung) mit beachtlichem Schwung angelaufen. Etwa tausend Unterstützungen sind in den ersten 10 Wochen eingelangt.



*Peter Menghin  
Innsbruck*

Das klingt vielversprechend, ist jedoch noch weit vom Ziel der 8.032 entfernt. Hereingekommen sind die Unterschriften nur über den persönlichen Kontakt, denn die Medien waren nicht bereit, das Volksbegehren auch nur kurz vorzustellen, mit zwei löblichen Ausnahmen: Im „Salzburger Fenster“ (Mitte März) und in der „Tiroler Krone“ (am 24.4.2009) fanden sich objektive Berichte.

Nun haben wir uns entschieden, die Sammelfrist für die Unterstützungserklärungen über das Abstimmungsdatum in Irland hinaus zu verlängern. In der ursprünglichen Planung hatten wir als Frist den 15. Juli 2009 festgelegt, was leider im Nachrichtenblatt Nr. 24 nicht ausdrücklich erwähnt wurde. Gesetzlich wäre es sogar bis Ende 2010 möglich. Allerdings ist es unser erklärtes Ziel, möglichst frühzeitig die geforderten 8032 U-Erklärungen einzureichen. **Mit verstärkten Anstrengungen der Sympathisanten aller 11 Plattform-Organisationen kann es gelingen!**

Wer die **Unterstützungserklärung** noch nicht abgeschickt hat, den bitten wir dringend, dies möglichst bald nachzuholen.

Bitte verwenden Sie das **beiliegende Formular** und senden Sie es ausgefüllt und von der Gemeinde bestätigt an das **NFÖ- Postfach oder die Plattform f. direkte Demokratie, 6020 Innsbruck, Defreggerstraße 8**, oder geben Sie das Formular an Interessierte weiter.

**Achtung!** Sonderregelung in Wien: Dort kann die U-Erklärung bei den Bezirksämtern verbleiben, weil sie an die MA 62 und von dort an uns weitergeleitet wird. **Herzlichen Dank!**

*Peter Menghin,  
Vertreter der Plattform f. direkte Demokratie*

## Ist Österreich noch ein Rechtsstaat?

**Die Verfassungsbeschwerde gegen den EU-Beitritt und die Folgeverträge wurde vom Österreichischen Verfassungsgerichtshof nicht angenommen.**

Die Richter sind anscheinend keine freien Richter, sie schützen die Politik vor dem Volk und nicht umgekehrt. Die Annahme der Klage hätte ein politisches Beben in Europa ausgelöst. Das war auch uns bewußt, denn der Integrationsprozess wäre sehr lange aufgehalten oder gar gestoppt worden und Österreich hätte wahrscheinlich wieder mit Sanktionen der EU zu rechnen gehabt.

Betrachten wir die Sache von der anderen Seite: Der VfGH hat die große Chance nicht wahrgenommen, ein Zeichen zu setzen, **für ein Europa der souveränen Staaten – also für Freiheit und Frieden.** Das Europa der Konzerne (EU) steuert zielstrebig in Richtung Diktatur, die an einen faschistischen Staat erinnert.

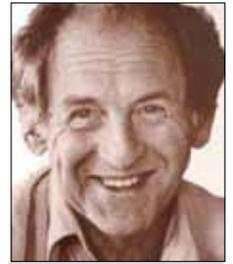
**Die Chancen für Recht und Gerechtigkeit sind aber noch gegeben:** Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat noch in keiner der sieben anhängigen Klagen entschieden. Auch Polen und Tschechien (Staatspräsident Klaus) haben den Lissabon- Vertrag noch nicht unterschrieben. Und Prof. Schachtschneider meint in seiner Stellungnahme nicht ohne Hoffnung: *„Die Tür zum Verfassungsgerichtshof ist nicht völlig zugesperrt. Gegen jede einzelne Beeinträchtigung der „Rechtssphäre“ durch Rechtsakte der Europäischen Union (...) können sich die Österreicher zur Wehr setzen... Irgendwann werden die Bürger der Völker Europas sich das Unrecht der Integration nicht mehr gefallen lassen, weil sie nicht mehr sagen können, uns geht es doch gut, und die politischen Kräfte nicht mehr wählen, welche sie in das (Europäische) Unglück geführt haben.“* (hs)



## Zurück zum menschlichen Maß

Dieses Jahr wäre der Oberndorfer Nationalökonom und Alternativ-Nobelpreisträger Leopold Kohr 100 Jahre alt geworden. (gestorben 1994). Ein Jahr, in dem der von Professor Kohr vorausgesehene Kollaps der globalen Finanzsysteme schmerzlich sichtbar wird.

Jahrzehnte früher entwickelte er für die Zeit danach Gegenmodelle zu den komplexen, schwer beherrschbaren Systemen. Kohr empfahl die Rückkehr zum menschlichen Maß, zum **„Klein sein oder nicht sein“**, später populär geworden als „small is beautiful“.



100 Jahre  
Leopold Kohr

Dieses Plädoyer für die *„richtige Größe“ ist heute angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise aktueller denn je. „Nicht die Unterentwickelten sind das Problem, sondern die Überentwickelten, die am Rand des Abgrunds stehen, es aber noch nicht wahrhaben wollen.“*

Kohr setzt dem sein Erfolgsmodell kleinerer Einheiten entgegen. Dort sei alles überschaubar, und damit seien alle Probleme lösbar. **Großmächte und Staaten-Zusammenschlüsse seien das Elend unserer Zeit** – mit dem Kampf um Energievorräte, Verkehrs- und Transportproblemen, Rüstungswahn, aber auch mit dem Potenzial, alles vernichtende Kriege zu führen. (Salzburger Fenster 09/09)

### **Kleine Staaten wollen und können keine Kriege führen.**

So ist es wohl verständlich, daß dieser große Österreicher von einer weltmarktführenden, die Globalisierung vorantreibenden Europäischen Union nichts hielt und sich vehement gegen Österreichs EU-Beitritt ausgesprochen hat.

Übrigens, Salzburg ehrt Leopold Kohr ein ganzes Jahr lang. (ak)

**Web-Seiten zum Jubiläum, die wir empfehlen können:** [www.leopold-kohr-akademie.at](http://www.leopold-kohr-akademie.at)

## Wirtschaftsliberalisierung und Bürgerüberwachung – „Danke“ EU !

Gemäß Duden bedeutet Liberalismus die Grundform politischen Verhaltens, in der das Individuum und sein Recht auf Freiheit im Vordergrund stehen. In der Europäischen Union gilt die tatsächliche Liberalisierung nur für die Wirtschaft, deren grenzenlose Freiheit uns Bürgereinen massiven Wirtschaftsabschwung beschert hat. Um die Folgen für die Wirtschaft zu mildern, verlieren wir die Arbeitsplätze und dürfen **Auffangnetze für die internationalen Konzerne (Banken) finanzieren.** Die entsprechenden Sparpakete für die Bürger werden bereits diskutiert.

Die Freiheiten der Bürger werden gleichzeitig stark eingeschränkt, wobei als bequeme Begründung die wachsende Terrorgefahr benützt wird. Eine Terrorgefahr, die zumindest zum Teil durch den **weltweiten Raubtierkapitalismus** erst hervorgerufen wurde: Infolge brutaler Ausbeutung und manchmal auch Besetzung fremder Staaten wird die Bildung terroristischer Gruppen gerade erst begünstigt, die dann weltweit Anschläge durchführen.

Österreich führte nunmehr auch einen Reisepaß ein, der Fingerabdrücke des

Besitzers auf einen Datenchip speichert. Damit sind nicht nur Kriminelle sondern auch alle Besitzer eines Reisepasses gleichermaßen in den unergründlichen Dateien der Behörden aufgenommen. Weitere persönliche Daten können jederzeit folgen – eine Begründung wird sich finden.

Für den Bürger wird es infolge des „Datenschutzes“ kaum Auskünfte geben, die Behörden und mittels illegaler Mittel auch allerlei private Geschäftemacher haben endlich den transparenten Menschen. Eine Horrorvision, die George Orwell 1948 in seinem



Buch „1984“ bereits vorausgeahnt hat. Ergänzend dazu werden vorerst in der Wirtschaft sogenannte **RFID-Chips** (Radiofrequenzidentifikation) eingesetzt, die bis zu einer Entfernung von 200 m Daten übermitteln können. Eine weitere Verwendungsmöglichkeit dieser RFID-Chips ist zur Identifizierung von Tieren vorgesehen.

Für den Menschen ist die Implantierung dieser Chips derzeit noch freiwillig. Als Vorwand wird die leichtere Auffindung und Identifizierung in Notfällen angeführt.

Da bisher immer auch eine missbräuchliche Verwendung aller neuer

Errungenschaften vorgekommen ist, können dann die „gechipten“ (markierten) Bürger von allen möglichen Institutionen und Kriminellen **total überwacht werden**.

Es wäre an der Zeit, diesem Unsinn entgegenzutreten und die persönlichen Freiheiten der Bürger zu verteidigen. Weiters müssten die übergroßen Freiheiten der Wirtschaft (ohne Regeln), die bisher den Menschen meist geschadet haben, reduziert werden. **Denn die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen** und nicht umgekehrt. Dies gilt ebenso für die Politik. (fg)

- EU** (Europas Unglück),
- OECD** (Organisation für wirtschaftl. Zusammenarbeit u. Entwicklung)
- NATO** (Nordatlantisches Angriffsbündnis)
- WTO** (Welthandelsorganisation)
- ERT** (Europäischer Runder Tisch der Industrie)



**SCHWARZE LISTE** der bürgerfeindlichsten supranationalen Organisationen, westlich dominiert.

Wer den Anfängen einer Totalüberwachung und der Ausgrenzung Andersdenkender wehren will, dem empfiehlt die NFÖ ebenfalls das von idealistischen Initiatoren (AGB-Team) eingeleitete **Genozid-Vorbeuge – Volksbegehren** zu unterstützen. Weitere Informationen unter: [www.rfid-volksbegehren.at](http://www.rfid-volksbegehren.at)



## WUSSTEN SIE . . . ?

### Zwei Milliarden Euro Steuerverluste durch heimische Banken

Wie will die Bundesregierung diesen Widerspruch erklären? Die Steuerzahler retten möglicherweise Banken, die weiterhin Gewinne oder faule Papiere **in Steueroasen verschieben** dürfen?

Die FIMBAG (Finanzmarkteteiligungs AG) bzw. das letztverantwortliche Bundesministerium f. Finanzen könnte die Offenlegung der Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen (wie z.B. Malta, Zypern, Singapur, Jersey, Antigua, Kaiman Inseln etc.) erzwingen, damit die gesetzmäßig gedeckte Steuerflucht unterbunden und Regulierungen nicht umgangen sowie Bilanzen nicht „undurchsichtig“ gemacht werden können.

**Liste österreichischer „Steueroasen-Banken“** – unvollständig (mit Niederlassungen in solchen Ländern):

- |                |                            |
|----------------|----------------------------|
| BAWAG          | Malta                      |
| Erste Bank     | Cayman Islands             |
| Kommunalkredit | Zypern                     |
| Sparkasse      | Malta                      |
| Meinl Bank     | Antigua                    |
| Raiffeisen     | Malta, Singapur und Jersey |

(QUELLE: ATTAC-ONLINE, 26.1.2009)

**Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, der Öffentlichkeit alle Informationen über Geschäfte von Banken in Steueroasen zu geben und durch entsprechende**

**Gesetze die Steuerflucht österreichischer Banken zu beenden.**



**10 Schilling Silbermünze aus dem Jahr 1973**

Silbergehalt wertmäßig: 22 Schilling (ca. 1,55 Euro) zu heutigen Preisen. So sah damals das Sicherheitsverständnis der ÖNB und des Finanzministers aus. In das Kapitalverkehrskonzept der EU passt diese solide Geldwertdeckungs-Philosophie freilich nicht hinein.

### Bäuerliche Familienbetriebe werden auf dem EU-Altar geopfert

„Danke“ EU, „danke“ LW-Kammer und Bauernbund, dass ihr österreichische Bauern in die Lizenzfalle habt laufen lassen.

Schweine-Bauern müssen nicht nur eine **Patent-Abgabe zahlen**, wenn sie in der Schweinezucht auf Futtermittel

von Gentech-Firmen setzen, sondern auch wenn die Schweine-Vorfahren mit Gentech-Produkten gezüchtet wurden, selbst wenn später auf Gen-Futter verzichtet wird.

In Tirol ist es soweit, dass alle Bauern, die Schweine halten, für das Erbgut

ihrer Tiere zur Kasse gebeten werden. (QUELLE: KRONE, 2.5.2009)

**Und wann kommen die Rinderzüchter und Milchbauern an die Reihe, ihren Obolus an die Agrarchemie-Konzerne abzuliefern?**

# Lesermeinungen

## Heraus aus der kostenpflichtigen Zwangsjacke!



In seiner berühmt gewordenen Rede vor dem Plenum des EU-Parlaments in Brüssel am 19. Februar 2009, sprach der tschechische Präsident Vaclav Klaus, ganz ohne Rücksicht auf die Befindlichkeit der EU-phoriker, von der „**Nichtexistenz eines europäischen Volkes**“. Genau darum geht es. Wir, die wir ein Vaterland haben

und es, trotz angebrachter Kritik an seiner verbrüselten Regierung, auch lieben, brauchen keine „Heimat Europa“, von der Frau Plassnik schwärmte, ebenso keinen **Korruptionsstadel in Belgien und Frankreich namens Europäisches Parlament**. Wir haben unser eigenes Parlament in Wien, das reicht.

Jeder Österreicher, der zur EU-Wahl im Juni geht, legitimiert diese überbezahl-

ten - mit unserem Steuergeld wohlge-merkt - und abgehalfterten EU-Politiker, die in ihren eigenen Heimatländern absolut entbehrlich sind.

Im Übrigen bin ich der Meinung: Heraus aus dieser kostenpflichtigen Zwangsjacke, heraus aus dieser überflüssigen E(uropas) U(ntergang)!

MARIA KLINGLER, KIRCHDORF

## Angstfrei seine Meinung sagen – ist das noch möglich?

„Bitte versuchen Sie zu verstehen. Wir, das sind meine Frau und ich, wir sind alte Menschen, die ihre Umgebung brauchen, auch die Gemeinde, wenn es bald um einen Heim- oder Pflege-

platz geht. Wir können uns daher nicht erlauben, politisch „anzuecken“, das hätte Nachteile für uns... Ansonsten, einen schönen Gruß und natürlich viel Erfolg!“

**(Name der Redaktion bekannt. Dieser Brief wurde uns im März 2009 zugesendet, nachdem wir um die Unterstützung des DD-Volksbegehrens gebeten hatten.)**

## Artensterben durch Pestizide?

In den 35 Jahren von 1970 bis 2005 ist ein Viertel aller Wirbeltierarten – Fische, Amphibien, Reptilien, Vögel und Säugetiere ausgestorben. Die EU hat mit 1. September 2008 die Höchstgrenzwerte für Pestizide

in Obst und Gemüse vereinheitlicht. Von 171 Pestiziden wurden die Grenzwerte im Vergleich zu den österreichischen um das 1,65 bis 1000-fache angehoben.

Wie viele Tierarten werden in 35 Jah-

ren wohl noch leben, wenn den profitgierigen und rücksichtslosen Menschen bis dahin freie Hand gelassen wird?

ING. HARALD SCHOBER, WEIZ

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...



Abbildung auf dem Hemd von jungen Teilnehmern eines Volksfestes im Tiroler Unterland.

## Andreas Hofer – noch ein Vorbild für die Jugend?

In gewisser Weise sicher. Nicht ohne Stolz tragen im Gedenkjahr 2009 junge Männer in Tirol Hemden (s. nebenstehendes Foto) mit einer Aufschrift, die vom Nationalhelden Andreas Hofer stammen könnte. „**Dem Land Tirol die Treue**“, diese inoffizielle Tiroler Hymne hat Florian Pedarig vom Kolsassberg komponiert und getextet.

Wer war nun Andreas Hofer? War er ein Terrorist, was aus der Sicht Napoleons behauptet werden könnte, oder war er ein mutiger, unerschrockener und opferbereiter Kämpfer für seine Heimat? Die Tiroler von 1809 haben ihn sicher nur positiv gesehen und zum Glück denkt so die große Mehrheit der Tiroler des Jahres 2009 und wie wir annehmen auch die NFÖ-Mitstreiter in den anderen Bundesländern.

## Tirol will Ausstieg aus Euratom

In einer Entschließung des Landtages (bereits im Jänner 2009) forderte das Land Tirol die österreichische Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven Antiatompolitik den Austritt Österreichs aus der EU-Atomgemeinschaft Euratom konsequent zu betreiben.

Von Umweltminister („der EU“) Nikolaus Berlakovich war daraufhin zu hören: „Ein einseitiger Ausstieg Österrei-

chs aus dem Euratom-Vertrag würde Österreich sein Mitspracherecht und damit die Möglichkeit seine nuklearpolitischen Ziele einzubringen, vollkommen verlieren ... aber er würde sich um eine Reform des Euratom-Vertrages bemühen.“ (QUELLE: TT Nr.18, 2009)

In der Argumentation von Minister N. Berlakovich spiegelt sich eine **Unterwürfigkeit** unter das EU-Meinungskor-

sett wider, die für die nächsten Regierungsjahre nichts Gutes verheißen.

**Umso erfreulicher die Haltung des Tiroler Landtages, der keine Reformierbarkeit dieser Teilgemeinschaft der EU sieht – sonst müsste ja nicht ein Austritt angepeilt werden. Die Redaktion spricht dem Tiroler Landtag gerne ein Lob aus!**

## Initiative zum Verbot von Tötungsspielen („Killerspielen“)

In der Schweiz ist eine **Gesetzesinitiative** durch den Kantonspolitiker Roland Näf-Piera gestartet worden, die das Verbot der Herstellung, des Anpreisens, der Einfuhr, des Verkaufs und der Weitergabe von Spielprogrammen, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen und menschenähnliche Wesen zum Spielerfolg beitragen, zum Ziel hat. (Quelle: Zeit-Fragen Nr.13,2009)



Roland Näf, Bern  
www.naefpiera.ch

**Wann wird die Ächtung des Übens von destruktiver Gewalt in Computerspielen endlich in Österreich verboten?**

## Feuer in den Alpen

Bereits zum 24. Mal, jeweils am zweiten Augustwochenende veranstaltet **CIPRA (Internationale Alpenschutzkommission)** weithin sichtbare Höhenfeuer als Zeichen für die **Erhaltung des natürlichen und kulturellen Erbes des Alpenraumes sowie gegen die Zerstörung des Ökosystems.** Diese Mahnfeuer in den Alpen gehen auf die Jahrhunderte alte Tradition der Warnfeuer zurück, („Kreidefeuer“) mit denen vor Gefahren aller Art gewarnt wurde.



**Höhenfeuer sollen Mut machen, sich für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen zu engagieren.**

Dieses Jahr wird das Thema „**Keine Riesen-Lkw**“ („No Mega-Trucks“) sein. Die EU-Kommission erwägt, Riesen-Lkw EU-weit zuzulassen. In den meisten europäischen Ländern haben die Bürger die Gefahr noch gar nicht erkannt, weil es keine öffentliche Debatte

darüber gibt. Deshalb informieren die Internet-Seiten [www.feuerindenalpen.org](http://www.feuerindenalpen.org) und [www.nomegatrucks.eu/deu](http://www.nomegatrucks.eu/deu) darüber und geben Organisationen in ganz Europa die Möglichkeit, Stellung zu beziehen und in ihrem Land aktiv zu werden. Denn über den Verkehrsminister beeinflusst jedes Land die Entscheidung auf EU-Ebene unmittelbar. Die Riesen-Lkw sind über 25 Meter lang und bis zu 60 Tonnen schwer. Sie werden als Gigaliner, Eurocombi oder

Monstertrucks bezeichnet. Warum sie gefährlich, umweltschädlich und teuer sind und wo sie bereits fahren, erfährt man auf den oben angeführten Netzseiten.

### Was wollen wir unternehmen?

In den Bundesländern Tirol, Salzburg und in der Steiermark wird die NFÖ im Sinne der Initiatoren Mahnfeuer abbrennen. Der Feuerplatz in Tirol liegt am westlichen Ende des Mittelgebirge, am Flauringberg, auf etwa 850 m Seehöhe. Die Feuerplätze in Salzburg und in der Steiermark sind noch im Planungsstadium. Sollten noch weitere Landesgruppen ihre Teilnahme melden, so würden wir das sehr begrüßen.

Neben der drohenden Zulassung von Riesen-Lkw brennt den Tirolern das übergeordnete Thema EU-subventionierter Gütertransportverkehr seit vielen Jahren unter den Nägeln: Die Vernichtung regionaler Arbeitsplätze, gesundheitliche Folgeschäden, Umweltschäden etc.

**Weitere Informationen erhalten Sie bei:** Neutrales Freies Österreich – NFÖ, Siegfried Eder, Email: [ederbus@aon.at](mailto:ederbus@aon.at), Tel: 05472-6008 oder CIPRA, Stefan Grass (Schweiz), Email: [stefangrass@bluewin.ch](mailto:stefangrass@bluewin.ch), Tel: 0041-81-2506722 .

### In eigener Sache

*Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.*

*Noch eine Bitte. Es kommt derzeit zu einer verstärkten Anzahl von Rücksendungen durch die Post, wobei als Begründung für die Nichtzustellung oft eine mangelhafte Adresse angegeben wird. Falls Sie längere Zeit keine Zusendung von uns erhalten haben und eine wünschen, dann prüfen Sie bitte die Adressierung Ihrer letzten Zusendung auf Richtigkeit. Wenn Sie einen Fehler vorfinden und / oder mehr als drei Monate keine Zusendung erhalten haben, bitte um Benachrichtigung an NFÖ, 6010 Innsbruck, Postfach 110 oder an die Tel. 0699-10086924*